

Table with subscription rates: For Arab: 14 fl. - fr. 16 fl. ...

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Wraider Zeitung.

Redaction: Hauptplatz, im Winkler'schen Reugebäude 1. St. Expedition: ...

Der Partekampf in Nordamerika.

Als der Jubel über den Fall Richmonds und die Capitulation Vees den Norden der Union erfüllte: wer hätte da gedacht, daß zwei Jahre später die Erfolge der blutigen Kämpfe am Potomac, im Shenandoah-Thale und auf dem Mississippi bereits wieder in Frage gestellt werden könnten? — Die Union schien damals neu begründet für ewige Zeiten; und heute steht sie am Rande einer Revolution, deren Ausgang, wenn sie zum Ausbruche kommt, unberechenbar ist.

Die Parteien, welche sich so feindselig gegenüberstehen, daß sie scheiden ihre Streitfragen nur durch die rohe Gewalt entscheiden zu können, haben beide ihre Programme auf Conventionen zu Philadelphia aufgestellt. Diese Programme waren ihrem Wortlaute nach keineswegs soweit auseinander, daß man eine friedliche Lösung für unmöglich halten müßte. Beide wollten die Erhaltung der Union; beide wollen auch die Selbstregierung in den Südstaaten wieder hergestellt und diese in dem Congresse vertreten sehen. Sie wichen nur von einander ab in Betreff des Zeitpunctes, wann dies geschehen soll. An diese Zeitfrage aber schlossen sich, neben einem großen Princip, die wichtigsten Konsequenzen.

Die Südstaaten und ihre demokratischen Freunde des Nordens behaupten, daß ihnen das Recht der Selbstconstitution keinen Augenblick vorzuziehen und ihre Vertretung im Congreß verweigert werden darf. Sie sehen mit dieser Forderung allerdings auf dem Boden der Constitution. Aber haben sie diesen Boden durch ihre Rebellion nicht selbst erschüttert und unhaltbar gemacht? — Die Republicaner sagen, daß jene so weit greifende Souveränität der Einzelstaaten die Unionregierung zu einer unheilbaren Schwäche, ja zur völligen Nutzlosigkeit verurtheilen würde. Ist diese Ansicht begründet? — Danach fragen die Südstaaten augenblicklich nicht. Als sie die Majorität im Congreß und die Regierungsgewalt in der Hand hatten, dehnten sie diese freilich viel weiter aus, als jetzt die Republicaner. Aber damals handelte es sich darum, die Negerclaverei zu einem gesetzlichen Institut für die ganze Union zu machen; und jetzt gilt es dem zunächst beschwerlicheren Ziele, die Negervon den bürgerlichen und politischen Rechten durch die Autonomie der Einzelstaaten auszuschließen. Oder würden die Südstaaten, wenn die Republicaner sie darin gewähren ließen, die Festigkeit der Union auch der Souveränität der Einzelstaaten zu Opfer bringen? Gewiß um so weniger, als sie dann sicher wären, über Kurz oder Lang wieder im weissen Hause zu Washington die Herren zu spielen, dann eine Entschädigung für die freigelassenen Sklaven, für die Kriegeschäden, welche die Bundesarmee in den Südstaaten angerichtet und schließlich die Anerkennung ihrer Schulden zu fordern und wahrscheinlich auch durchzusetzen. Die Union würde dadurch in einer maßlosen Weise zu Gunsten der Südstaaten überlastet und diesen zugleich die Mittel in die Hand gegeben werden, dieselbe von Neuem zu tyrannisieren und zu corumpiren.

Das zu verhindern, fordern die Republicaner eine ausgedehntere Gewalt der Unionregierung, nehmen für den Congreß das Recht in Anspruch, die Bedingungen für die Constitution der Einzelstaaten gesetzlich festzustellen, und den Südstaaten die Selbstconstitution um so mehr zu versagen, als dieselben auf Grund des Rechts dieser Selbstconstitution versuchten, die Union zu sprengen. Die Vertretung der Südstaaten im Congresse aber soll erst durch einen besonderen Beschluß desselben wieder gewährt werden.

Der ganze Streit würde ohne jede Gefahr für die Union geführt werden, ja er würde wahrscheinlich gar nicht entstanden sein, wenn der Präsident und der Congreß einig wären. Der Präsident, Andrew Johnson, selbst ein Südstaatler und mit allen Antipathien gegen die Neger-Rasse erfüllt, hat gegen die Gesetze, welche der Congreß zum Schutze derselben beschlossen, sein Veto eingelegt, das Recht der Selbstconstitution, wie der Vertretung der Südstaaten im Congresse anerkannt und dem Programme derselben, das für den Bestand der Union die größten Gefahren in sich birgt, seine volle Zustimmung erteilt. Um für dies Programm auch das Volk zu gewinnen, hat er die Städte des Nordens und eines Theils des Südens durchzogen, in wilden Reden die maßlosten Anklagen gegen den Congreß geschleudert und und sich bald wie ein demagogischer Agitator, bald wie ein allmächtiger Autocrat geberdet. Obgleich die politische Sitte in Nordamerika an Maßlosigkeit der Rede gewöhnt ist und die Ziemißigkeit der Worte weniger streng abwägt, als in Europa: so findet doch das Auftreten des Präsidenten gerechten Tadel. Denn von der höchsten Autorität der Republik erwartet man immerhin eine größere Gemessenheit und Würde, als von dem ersten besten Stumpfredner.

Aber der Präsident erniedrigt durch dies Auftreten nicht nur sein hohes Amt, sondern bedroht auch den Staat geradezu mit einer Revolution. Denn was soll geschehen, wenn seine Aufforderungen des Volkes gegen den Congreß erfolglos sind und die Wahlen zu demselben gegen den Präsidenten ausfallen? — Nach seinen Reden bleibt ihm dann nichts Anderes übrig, als den Congreß für ungesetzlich zu erklären, bis in diesem auch die Südstaaten vertreten sind. Und wenn darauf der Congreß mit einer Anklage antwortet? — Dann müßte der Präsident zur Gewalt schreiten, und ein neuer Revolutionskrieg würde die Union zerrütten. Diese Gefahr würde schwinden, wenn die neuesten Nachrichten begründet sind, nach denen die Demokraten der Nord-

staaten über das Auftreten des Präsidenten zur Befinnung gekommen sind und einzusehen beginnen, daß eine Gewährung der südstaatlichen Forderungen nicht die Union befestigen, sondern noch tiefer erschüttern würde. Ohne die Unterstützung der nordstaatlichen Demokratie sind die Südstaaten völlig machtlos. Woher sollen sie die Mittel zu einem Kriege nehmen? — Heer und Flotte müßten neu geschaffen werden. Der Privatwohlstand hat aber in dem vierjährigen Kriege furchtbar gelitten, da durch Einziehung aller Männer, selbst über das fünfzigste Lebensjahr hinaus, die ganze gewerbliche Thätigkeit brach gelegt wurde und der öffentliche Credit ist vernichtet, da eine Schuldenlast von 1 1/2 Milliarde Dollars angehäuft wurde, die nie verzinst und nie abgetragen werden wird. Zu der materiellen Mittellosigkeit kommt die moralische Unfähigkeit zur Kriegführung. Fast sämtliche Schulen und Kirchen blieben während des Krieges geschlossen. Die Zuchtlosigkeit und Verwilderung, welche darüber einriß, wurde noch gesteigert durch den Terrorismus, die Gewissenlosigkeit und Brutalität der Negierenden, Plünderung, Erpressung, Brandstiftung in eigenem und des Feindes Lande üben sie und ließen sie über; die furchtbarsten Barbareien und Grausamkeiten waren an der Tagesordnung. Die sittlichen Schäden der Sklavenerziehung kamen zum offenen und vollen Ausbruch; und die Südstaaten sind noch weit davon entfernt, sie geheilt zu haben. Sie können Raub- und Mordbanden ausheben, aber kein Heer aufstellen, das sich mit den Nordstaaten messen dürfte.

Weil die Zustände der Südstaaten solche sind, darf ihnen auch die Selbstconstitution nicht gewährt und die volle Selbstregierung noch nicht überlassen werden. Sie könnten dieselbe nur zum eigenen Schaden mißbrauchen. Wenn der Präsident Johnson das Gegentheil will, so mag er die beste Absicht haben; aber er wird durch seine südstaatlichen Sympathien und durch seine Vorurtheile gegen die Neger über die Erspießlichkeit seiner Absicht getäuscht. Voransichtlich wird dieselbe auch durch die Haltung des Nordens vereitelt und die Gefahr von der Union abgewandt, welche über diese Unbesonnenheit und Leidenschaft eines Mannes heraufzuschwären droht.

Zur ungarischen Frage.

In seiner vorletzten Nummer (vom 6. d. M.) schließt „Pesti Napló“ den Encelus seiner Situationsartikel, indem es als Modus beantragt, wie das Elaborat des Fünfzehner-Comités langwierigen Verhandlungen zu entziehen wäre, daß ein Ministerium ernannt werde, welches das Elaborat acceptire und unverändert sofort dem Landtage zur Annahme vorlege, und von dieser als einer Vertrauensfrage keine Stellung abhängig mache. Ist das Elaborat angenommen, so formulirt das Ministerium die Anwendung und das Corollarium der Hauptprincipien, und dann soll der so ausgearbeitete Regierungsvorschlag vom Landtage in Verhandlung genommen werden.

Baron Sigmund Kemény, welcher den Artikel gezeichnet, motivirt seinen Antrag in folgender Weise:

Wir sind überzeugt, daß unter den Umständen, welche wir in unseren jüngst veröffentlichten Artikeln zu erwähnen Gelegenheit hatten, das zweckmäßigste Verfahren wäre, wenn das Operat des Fünfzehner-Subcomités der ihm bevorstehenden Debatte entzogen würde, in einer Weise jedoch, daß hierdurch die Geseflichkeit nicht verletzt, dieselbe im Gegentheil eine, die Gemüther electricirende Satisfaction erlange und das Vertrauen, welches erschüttert ist, wieder hergestellt würde. Wir denken hierbei daran, daß das Ministerium ernannt werde, welches das Elaborat des Fünfzehner-Subcomités sich aneigne, dasselbe sofort und unverändert dem Reichstage vorlege und seine Stellung von dessen Annahme oder Nichtannahme — als einer Vertrauensfrage — abhängig mache. Bleibt das Ministerium dann in Majorität, und ist die Krise hierdurch beseitigt, so sei es seine unmittelbare Aufgabe, detaillirt die Anwendung und die Corollarien jener Hauptprincipien zu formuliren, welche durch das Subcomité bezeichnet wurden. Das Operat würde sodann als Regierungsvorlage auf dem ordnungsmäßigen Wege der reichstäglichen Verhandlung unterzogen, denn für seine Annahme bot schon die Abstimmung über den Entwurf genügende Bürgschaft, vorausgesetzt, daß — woran sich nicht zweifeln läßt — das Ministerium die allgemeinen Principien treu interpretirte und detaillirte. Auf diese Weise und durch eine derartige Verschmelzung der Interessen kann man das Ziel sicher erreichen. Die Nation wird davon zurückschrecken, daß sie, wo sie nicht mehr bloß hofft, sondern selbst die Garantien der Verfassung besitzt, neuerdings die theuren Errungenschaften von sich schleudere. Die Nation wird Veruhigung darin finden, daß, wenn auch einige Zeilen des Elaborats des Fünfzehner-Subcomités vielleicht nicht befriedigend sein sollten, das Ministerium durch die Detaillirung die Eintracht nicht erschwert; sie wird die Ueberzeugung hegen, daß die Interpretation und Durchführung der auf's Tapet gebrachten, auf die gemeinsamen Angelegenheiten bezüglichen Gesetze nicht eine neue Waffe zur Lähmung der abtischen Rechte unseres Landes sein werden. Diese Stimmung wird ermutigend auf die gemäßigten Schattirungen des Repräsentantenhauses wirken, und dem Angriffe entweder die Waffen entwenden, oder dessen Spitze abstumpfen. Fällt unser Vorschlag, dann werden Zeit und Mißgeschick es zeigen, wie schwierig anderweitig das Resultat sei. Und leben wir wohl in einer Epoche, wo zur Ernüchterung der heftigeren Forderungen, falls die höheren Intentionen nicht

durchdringen sollten, Strenge und Ausnahmestände durch mehrere Jahre anzurathen wären? Kann die Macht auch fernerhin, falls die Verhältnisse sich nicht nach ihrem Belieben gestalten sollten und die Klugheit Annäherung rath, hart an einem Lösungsmodus festhalten, welcher im Beginne vielleicht zweckmäßig erschien, doch mit der Zeit, eben so wegen der Ereignisse, als wegen der ererbten Stimmung, unbrauchbar wurde?

Wir erkennen die Verdienste jener gewandten und thätigen Partei, welche man früher die Beschlußpartei nannte, die jedoch während des Reichstages sich die „wahre und feste Deakpartei“ benennen zu lassen ließe, und nun, wie es den Anschein hat, gegen den Vorschlag des Fünfzehner-Subcomités einen starken und vielleicht erfolgreichen Feldzug eröffnen wird, mit Freunden an. Wir gehören nicht zu jenen, die außerhalb ihrer Partei keinen Patriotismus und kein Talent fänden. Würden es jedoch die Wiener Minister am Beginne dieser neuen Aera als glückliches Augurium für ihren Einfluß auf die europäischen Verhältnisse betrachten, wenn in Ungarn die Feste zum Uebergewichte gelangte, und wenn vom Sund bis zum Cap Matapan sofort Jedermann, der sich mit politischen Combinationen befaßt, davon überzeugt wäre, daß die Verjöhnung Oesterreichs mit Ungarn für diese Generation nicht zu Stande kommt? Diesen Glauben darf man nicht aufkommen lassen, besonders, da dessen Verhütung bloß mit einem conventiellen Opfer verbunden ist. Die Regierung will ja ohnehin das Ministerium später bewilligen. Und gibt es nicht in der gemäßigten liberalen Partei genug Individuen, zu deren Unterthänigkeit der König hinreichendes Vertrauen bezeugen könnte?

In seiner vorhergegangenen (Freitag's) Nummer hält es das hochachtbare Organ der Deakpartei für wichtig genug an besonderer Stelle folgende Erklärung abzugeben:

„Einige Blätter schreiben dem Ausfluge des Grafen Julius Andrássy nach Bist, wohin er dieser Tage reiste, um seine Familie heimzuleiten, hartnäckig eine politische Bedeutung bei. Unseres Wissens residirt der Rath der Regierung nicht in Bist; würde er aber auch dort residiren, so glauben wir gleichwohl, daß man Andrássy, der vor Kurzem in Wien Gelegenheit hatte seine Ansichten auszusprechen zu können, gegenwärtig nicht hinarufen würde.“

Die Abgeordneten-Conferenz.

Wien, 5. October.

Die Conferenz von Abgeordneten des früheren Reichsrathes trat heute Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Nach fast vierstündiger Discussion wurde nach Maßgabe der Vorarbeit, die das gestern in der Vorbesprechung niedergelegte Comité (Pratobevera, Hákta, Hasner) geliefert, eine Resolution beschlossen. Diese geht nach einer Mittheilung der „N. fr. Pr.“ dahin:

„Die Versammlung hat sich in der Ueberzeugung geeinigt, daß der Verlauf der Ereignisse seit dem September-Patente die Nothwendigkeit des Festhaltens an der Reichsverfassung, auch abgesehen von der rechtlichen Seite der Frage, nur weiter und in sehr eindringlicher Weise dargezogen habe, und daß die sofortige Einberufung des Reichsrathes als das einzige Mittel betrachtet werden könne, aus der ins Unabsehbare sich fortziehenden Verschleppung der eine Lösung dringend erheischenden inneren Wirren herauszukommen. Sie hat sich deshalb aus formellen und materiellen Gründen gegen jede Delegirten-Versammlung, sowie gegen die Abgabe von Gutachten durch die Landtage, insofern die legislative Behandlung durch den Reichsrath nicht gegeben ist, ausgesprochen.“

Zur Formulirung dieses allgemeinen Satzes in einem Programm wurde ein Comité niedergelegt, in welches gewählt wurden: Freiherr v. Pratobevera, in welchem Hákta, Hasner, Sponner, Schindler und Skene. Die Arbeit dieses Comité's wird die Grundlage der weiteren Parteithätigkeit bilden.

Die „Const. Vorstadt-Ztg.“ schließt die Betrachtungen, welche sie der erwähnten Abgeordneten-Conferenz widmet, mit folgenden Sätzen:

„Etwas Reelles und Nachhaltiges wird die besprochene Zusammenkunft kaum haben. Die Herren, welche beisammen waren, sind Officiere ohne Soldaten; sie sind der Ausdruck unseres Bürgerthums, sie führen nicht das Volk, das eine Verfassung haben will, an der es constituirend mitwirkt, die seine wirklichen Bedürfnisse befriedigt und seine Freiheit unangreifbar für Jedermann befestigt. Von unserem demokratischen Standpuncte aus sehen wir dem interessanten Kampfe der sogenannten Verfassungsfrunde mit dem Ministerium mit Theilnahme zu. Jene wollen ein Todtgewordenes wieder durch ihren Geist beleben und dieses meint, es trage ja den constitutionellen Gedanken im Kopfe, es habe die Februar-Verfassung verworfen, um der freien Bahn Raum zu geben; es müßte aber noch absolutistisch regieren. Dieser Zwiespalt könnte einen anderen Character annehmen, wenn die Fünfzehn und ihre Parteigenossen das Ministerium zu stürzen vermöchten; aber sie selbst würden die constitutionellen Grundlagen zu Gunsten des Volkes bedeutend erweitern müssen, wollten sie dann mit Erfolg regieren.“

Wien, 7. October.

Die heutige „Wiener Ztg.“ bringt an der Spitze ihres nichtamtlichen Theiles folgende Mittheilung:

„Da durch die Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse die Nothwendigkeit außerordentlicher Maßregeln zur Ueberwachung des Verkehrs über die Reichsgrenzen entfallen ist,

Vertical text on the left margin: ne., 653-6, Beschluß des, oldovan., KAUF, Ausmaß in, händler, Lampen auf, angemessener, 24-25, 21-25, 17-18, 20-21, 12-13, 108-108 25, 85 75 96, 127 50 128 25, 50 70 50 80, 6 10 6 11, 6 10 6 11, 10 24 10 25, 10 65 10 70, 10 70 10 75, 13 20 13 33, 1 90 1 91, 127 127 25, Reugebäude

sind, wie wir vernehmen, die Landesherren aller jener Kronländer, in welchen aus Anlaß des Krieges die Widrigkeit der Reichsgrenzen wieder eingeführt worden war, zur Auflassung dieser Maßregel und Einführung der früheren Vertheilungsermächtigungen ermächtigt worden."

Das von Kaiserfeld entworfene Autonomisten-Programm

hat, wie der „Telegraf“ meldet, in seinen wesentlichen Punkten bereits die Zustimmung der übrigen Mitglieder der Autonomisten-Partei gefunden. Das genannte Blatt entwirft davon, jedoch ohne auf volle Authentizität noch Vollständigkeit Anspruch zu machen, folgende Skizze:

„Vor allem soll nämlich betont werden, daß wir Deutsche in Oesterreich, als Glieder der großen deutschen Nation und durch Jahrhunderte mit Deutschland verbunden, nie aufgehört haben, uns als Deutsche zu fühlen und an dem nationalen Verbande mit dem deutschen Volke festzuhalten; daß wir diesen Zusammenhang erhalten und pflegen können, ohne die Deutschen Oesterreichs in ihrem berechtigten Streben nach Einigung (mit den übrigen Nationalitäten der österreichischen Monarchie) zu stören und ohne unserer Pflicht gegen Oesterreich, das wir erhalten wollen, untreu zu werden. Innerhalb Oesterreichs wollen wir jene Stellung, die uns vermöge der politischen und Culturbedeutung unserer Nationalität, so wie nach Zahl und Bildung gebührt und deren allseitige Anerkennung uns die Bedingung für die Möglichkeit des Bestandes und die unabhängige Stellung des Reiches in Europa erscheint.

Bei dem Mangel an nationaler Einheit kann der Bestand der Monarchie nur durch ein Allen gemeinsames Ziel gesichert sein; dies erblicken wir in der persönlichen, bürgerlichen und staatlichen Freiheit, daher in solchen staatlichen Einrichtungen, welche diese Freiheit zu schaffen und zu sichern, und die materielle Wohlfahrt dauernd zu begründen vermögen. Solche staatliche Einrichtungen gewähren auch Bürgschaft gegen jede nationale Bedrückung.

In der Selbstverwaltung der Gemeinden, Bezirke und Kreise, in einer erweiterten und gesetzlich genauer bestimmten Competenz der Landtage finden die berechtigten Interessen der einzelnen Königreiche und Länder ihre Berücksichtigung, die verschiedenen Nationalitäten Spielraum und Schutz für ihre Entwicklung.

Individuelle und corporative, politische und bürgerliche Freiheit, nationales Recht, Bildung und allgemeine Wohlfahrt, sowie die Macht des Staates finden ihre Sicherung nur in der constitutionellen und parlamentarischen Regierungsform.

Bei der staatsrechtlichen Gestaltung der Monarchie gehen wir von der gegebenen Verfassung aus, die wir als zu Recht bestehend betrachten. Besondere Rechte der einzelnen Königreiche und Länder haben für uns nur insoweit Geltung, als dieselben in ununterbrochener historischer Continuität auf uns gekommen sind und deren Anerkennung in der Verfassung liegt. Daher unterscheiden wir zwischen der staatsrechtlichen Stellung der Länder der ungarischen Krone und den übrigen Königreichen und Ländern.

Nachdem Februar-Patent und October-Diplom die Revision der mit diesem Staatsgrundgesetz nicht in Einklang stehenden ungarischen Gesetze dem Landtag vorbehalten, ferner nach diesem Staatsgrundgesetz diese Gesetze einseitig aufzuheben und abzuändern der Krone nicht mehr zusteht, so kann jede Aenderung in dem Staatsgrundgesetz, welche durch die Beschlüsse des ungarischen Landtags notwendig wird, nur auf dem Boden dieser Staatsgrundgesetze erfolgen. Die rasche Lösung der inneren Verfassungswirren und insbesondere des mit Ungarn bestehenden Verfassungs-Conflictes ist die unerlässliche Bedingung der Wohlfahrt des Reiches. Die Vermögen nur in einer freien Vereinbarung zwischen der legalen Gesamtvertretung der Länder der Krone und der Krone mit dem ungarischen Landtage dieses Mittel zu dieser Lösung zu finden, und wollen zur Durchführung der Verfassung in Ungarn keine Mittel angewendet wissen, die dort als ungesetzlich gelten.

Mit Rücksicht auf das Recht und den unzweifelhaft dargelegten Willen Ungarns sprechen wir uns für einen durch die Anerkennung der constitutionellen Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten begrenzten Dualismus aus. Wenn hiernach in Folge der Verhandlungen mit dem ungarischen Landtage eine Aenderung der Staatsgrundgesetze sich als notwendig herausstellt, so erachten wir, daß eine solche für die westlichen Länder mit Rechtsgültigkeit nur durch den Reichsrath, wie er mit dem Patente vom 26. Februar 1861 für den 29. April 1866 einberufen und am 1. Mai 1861 feierlich eröffnet wurde und wie er bisher factisch bestand, erfolgen könne.

Wir erachten in Folge einer solchen Aenderung der Staatsgrundgesetze als notwendig, daß für die Länder dieses Reichs eine gemeinsame Vertretung mit allen jenen parlamentarischen Privilegien und auf gleicher Höhe mit dem ungarischen Landtage bestehe, welche aus directen Wahlen hervorzugehen hat und der die Regierung in allen nicht eigentlich gemeinsamen Reichsangelegenheiten mit wirklicher Verantwortlichkeit gegenüberzustellen hat. Besondere Gesetze, im verfassungsmäßigen Wege geschaffen, haben die Rechte des Reichs dieses Reichs umfassen und die notwendigen constitutionellen und freiherrlichen Bürgschaften festzustellen, denen die Eigenschaft und Wirkung von Staatsgrundgesetzen zu ertheilen wäre."

Politische Uebersicht.

Arad, 8. October.

Den Gerüchten über Veränderungen im Ministerium schließen sich neuerdings auch Nachrichten über Neubefestungen diplomatischer Posten an; so heißt es, daß Herr von Hübnert um Abberufung aus Rom ersucht habe; zu seinem Nachfolger soll, wie die „N. fr. Pr.“ vernimmt,

Herr Metternich ausersuchen sein. Eine andere Version nennt dagegen den Fürsten Metternich als den Nachfolger des Grafen Mensdorff im Ministerium des Aeußern. Nicht uninteressant erscheint die hier und da gleichzeitig ausgesprochene Ansicht, daß Graf Karolyi (der frühere Gesandte in Berlin), der sich demalen in Biarritz befindet, diesen Auszug dazu benützen dürfte, um das Terrain zu recognosciren, für den Fall, als er berufen wäre, den Fürsten Metternich in Paris abzulösen.

Zur Charakteristik der österreichisch-preussischen Beziehungen führen wir hier eine Notiz preussischer Blätter an, laut welcher der österreichische Gesandte sich in Berlin erst finden werde, wenn die eroberten Geschütze aus der Linden-Promenade weggeschafft sind.

Die „Stadterordneten der Residenz- und Hauptstadt Dresden“ haben eine Adresse an König Johann von Sachsen gerichtet, in welcher sehr eindringlich auf baldigen Abschluß des Friedens mit Preußen gedrungen und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß nach Abfluß desselben und der Rückkehr des Königs auch das volle Landesverfassungsrecht von 1848 wieder hergestellt werde. In dem Glauben an die Möglichkeit eines „unverzögerten“ Friedensschlusses sehen sich die Dresdener Stadterordneten „durch das Vertrauen bestätigt, daß der König von Preußen zu Gunsten der der preussischen Regierung und dem Parlamente zu übertragenden Bundesgewalt nicht größere Beschränkungen der Selbstständigkeit Sachsens fordern werde, als die Vertreter der deutschen Nation in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 zu Gunsten der deutschen Reichsgewalt für ebenso notwendig als hinreichend gehalten und allen deutschen Einzelstaaten rechtsgültig auferlegt haben.“

In Berlin soll in Bezug auf Sachsen ein ganz „unbegrenzter Wille“ herrschen; die „maßgebenden Kreise“ sind, wie man sagt, überzeugt, daß Preußen nur dann der sächsischen Bundesgenossenschaft vertrauen könne, wenn es die militärische Position in Sachsen völlig beherrsche. Der Umstand, daß der angekündigte Besuch des Kronprinzen von Sachsen ins ungewisse vertagt ist, läßt jedenfalls darauf schließen, daß die Differenzen mit Sachsen ihrer Lösung noch sehr fern sind. Wir glauben, daß man in Berlin ganz andere Dinge ins Auge gefaßt hat, als die Beherrschung der militärischen Position und daß es auf die einfache Annexion abgesehen ist. Die „Nat.-Ztg.“ läßt sich über dieses Thema wie folgt vernehmen:

Wenn man sich auf einer Bahn befindet, wie sie zuletzt die Politik unseres Staates eingeschlagen, so gibt es keinen Stillstand, sondern man hat nur die Wahl zwischen Vorwärtsgang oder Zurückweichen. Den Prüfstein für die Schwungkraft dieser Politik bietet zunächst die sächsische Frage. Wie in Villafranca sich Oesterreich Venetien als Ausfallthor gegen Piemont vorbehält, so hat es in Nicolsburg dem Königreiche Sachsen einen Rest seiner historischen Bedeutung Preußen gegenüber zu bewahren gesucht. Es handelt sich jetzt darum, dem Wiener Cabinet dies Thor nach dem deutschen Norden eben so unbedingt und unüberwindlich zu verschließen, wie das andere nach der sächsischen Ostküste.

Einem französischen Blatte zufolge, hat König Wilhelm getrachtet, den König von Sachsen verhaften zu lassen, wenn er sich der sächsischen Grenze nähern sollte. Die „France“ bemerkt zu dieser fabelhaften Nachricht, „daß sie wohl noch der Bestätigung bedürfe.“

Aus Paris wird gemeldet, daß das Ministerium die Annäherung, welche sich zwischen den Regierungen von Baden und Preußen vollzogen, nur mit großem Mißvergnügen gesehen und aus diesem an geeigneter Stelle kein Hehl gemacht hat. In Berlin scheinen die betreffenden Bemerkungen des Herrn Benedetti keinen besonderen Eindruck gemacht zu haben.

Der „Moniteur“ veröffentlicht diejenigen Staaten, mit denen sich Frankreich über die gegenseitige Abschaffung aller Passivgebühren geeinigt hat. Diese Staaten sind die jetzt: Oesterreich, Baden, Belgien, Dänemark, Spanien, Großbritannien, Hessen-Darmstadt, Niederlande, Preußen, Sachsen, Schweden und Norwegen, Schweiz, Venezuela und Württemberg. Da der „Moniteur“ bei dieser Gelegenheit von „französischen Unterthanen“ gesprochen hat, so wird ihm im „Avenir National“ darauf folgendes geantwortet:

Da die herrschende Verfassung ausdrücklich das Princip der Volkssouveränität anerkennt, so gibt es in Frankreich keine „Unterthanen“ mehr, es gibt nur Bürger. Seit der Restauration hat Frankreich dieses Wort mit dieser Bedeutung nicht im „Moniteur“ gelesen. Vor dreißig Jahren hätte ein solches Wort in den Kammern und in den Journalen energische Protestationen hervorgerufen. Die Franzosen Unterthanen nennen, das heißt die Sprache einer anderen Zeit, die Sprache von 1820, 1810, 1788 sprechen, das heißt das demokratische Frankreich in seinen innersten Gefühlen beleidigen.

Der Aufstand in Creta.

Die letzte in Triest angekommene Levantepost bringt Nachrichten über den Aufstand in Creta, die bis zum 29. v. M. reichen.

Griechische Blätter enthalten einen Aufruf der Nationalversammlung von Creta an alle Hellenen zur Theilnahme, mit dem Hinweis darauf, daß der gegenwärtige Aufstand nur eine Fortsetzung des vom Panhellenium 1821 unternommenen Krieges sei. Die auswärtigen Griechen haben in der That bereits große Summen beigesteuert. Es haben sich ferner in allen hellenischen Gemeinden Europas Unterstützungsausschüsse gebildet und die Griechen von Ibraila und Galatz allein 100,000 fl. angeboten. Das Municipium von Athen hat beschlossen, für die dorthin geflüchteten cretensischen Familien zu sorgen.

Was die Haltung der auswärtigen Mächte betrifft, so wird hervorgehoben, daß die Consuln von Frankreich und England, welche mit den türkischen Generalgouverneuren der Insel in der Regel nicht im besten Einvernehmen lebten und im Frühlinge d. J. mit Ismael Pascha fast ganz gebrochen hatten, ihr Benehmen jetzt gänzlich geändert haben und dem Aufstande feindselig gegenüberstehen. Der russische Consul dagegen, welcher mit den Generalgouverneuren im-

mer die freundlichsten Beziehungen unterhielt, benützte, sobald die Christen ihr Bittgesuch an den Sultan überreicht, seinen Einfluß, um den Beschwerden derselben Gehör zu verschaffen, und nimmt, nachdem dies nicht gelungen, eine immer entschiedener Haltung an. „La Greece“ macht kein Hehl daraus, daß der Aufstand von den Westmächten nichts zu hoffen habe, und knüpft daran sehr bittere Bemerkungen über die französische Politik im Orient, deren Schwankungen und Unklarheit. „Levant Herald“, der bisweilen unter dem Einflusse der englischen Vertretung in Constantinopel schreibt, sagt zwar auch, daß die Insurgenten auf keine andere Hilfe von Außen zu rechnen haben, als auf einige durch hellenische Comitès eingeschmuggelte Zufuhren plaudert jedoch für eine radicale Reform der türkischen Verwaltung, ungefahr nach dem Muster der Insel Samos, wo ebenfalls ein christlicher Gouverneur sammt einem Senate aus Eingeborenen die Geschäfte leitet. Der italienische Consul hat sich an Bord einer italienischen Fregatte nach Heracleion begeben, wo vor Kurzem ein neues Gemischel stattgefunden hat.

Berichte aus Corfu vom 2. October bringen mehrere Einzelheiten über die Schlacht, die am 22. v. M. in Creta bei Keramos geschlagen wurde. Die türkisch-ägyptische Armee, 20,000 Mann stark, abgerechnet die einheimischen türkischen Freiwilligen, griff unter Commando von Mustafa Pascha, Riza Pascha, Sahin Pascha, Mehmed Pascha und Jaja Pascha, das Lager der Christen an, welches sich von Malaza bis Keramos, zwei Stunden von Canea, erstreckte. Die türkische Artillerie benützte sich den ganzen Tag umsonst die Reihen der Insurgenten zu durchbrechen. Letztere vertheidigten sich heldenmüthig und schlugen, obgleich an Zahl bedeutend schwächer, alle Angriffe der türkisch-ägyptischen Infanterie zurück. Am 23. wurde der Kampf erneuert, nachdem die Christen 2000 Mann Verstärkungen erhalten. Endlich wurden die Türken überall geschlagen. Sie sollen 3000 Gefangene verloren und ein großer Theil von ihnen auf dem türkischen Geschwader Aufnahme gefunden haben, das in der Nähe von Malaza stationirt war. In Candia sind neuerdings 8000 Ägypter und 7 Bataillone türkischer Truppen mit zahlreichem Geschütz angekommen.

In Griechenland angekommene thessalische Familien erzählen über die Behandlung, welche die dortigen Christen von den Türken zu erdulden haben, eine Menge Schaudergeschichten. Namentlich sei der Steuerdruck unerträglich. In Janina hätten die Primaten dem Gouverneur eine vom 13. September d. J. datirte, an den Divan gerichtete Bittschrift überreichen wollen, worin sie um Erleichterung der Abgaben flehen. Der Gouverneur habe sie barisch abgewiesen. Wie finden übrigens auch im „Impartial de Smyrne“, einem der Porte ergebene Blatte, eine Correspondenz aus Volo, in Thessalien, vom 16. v. M., welche zwar in Abrede stellt, daß die dortige Bevölkerung die Vereinigung mit Griechenland wünscht, dabei aber ohne Umschweife ausspricht, das Land sei rümpelt und könne weder zahlen, noch produciren.

Das Wasser als das vorzüglichste und bewährteste Heilmittel in der Cholera.

Ich sehe ein Räthsel auf den Lippen der geehrten Leser beim Lesen dieser Aufsätze, was so viel heißen will, als wir sind der übertriebenen Charlatanerie schon müde. Allein ich muß mir dieses insofern gefallen lassen, bis ich diese Ungläubigkeit durch Thatsachen widerlegt und die geehrten Leser sich von der heilskräftigen Wirkung der Wasser-Behandlung in dieser gefährlichen Krankheit vollkommene Ueberzeugung verschafft haben werden. Ich will durch Thatsachen darthun, und wie ich hoffe, dadurch das allgemeine Wohl, welches alle Schichten der Gesellschaft durchströmt, bekämpfen und mit des Allmächtigen Hilfe der Cholera-Krankheit ihre Verderben bringende Gewalt brechen und viele von ihr anbeschlenen Opfer ihr zu entziehen suchen.

Hier möge man mir erlauben, einige Worte über Heilmittel zu sprechen.

Wir wissen, daß Heilmittel nur dann als solche gelten, wenn selbe gegen einzelne oder mehrere Krankheiten, nicht nur bei einzelnen Individuen, sondern größtentheils mit Erfolg angewendet werden können.

Es muß hier vorausgesetzt werden, daß ein Heilmittel nicht in derselben Weise bei jeder Krankheit angewendet werden kann, denn ein jedes Heilmittel wird bei dem jedesmaligen Fortschreiten mehr oder weniger der Individualität, dem Geschlechte, Alter und der Lebensweise angepaßt, und muß daher jedes Mittel in Hinsicht der Anwendung Abänderungen erleiden.

Kann ein Mittel den oben gezeigten Verhältnissen gemäß nicht angewendet werden, oder sind die nöthigen Abänderungen in Beziehung der Anwendung unterbleiben, oder aber, wenn während der Behandlung andere Rathgeber und andere Mittel gebraucht werden, wie ich es vor ein paar Tagen in Neu-Neud bei Cholera-Kranken erfahren habe, wo der Eine Caffee mit Rhum, der Andere einen Aderlaß gemacht hat, kommt ein solcher Kranker glücklich durch, so hat es der Caffee mit Rhum oder der Aderlaß gemacht, nicht er aber unglücklicherweise, so wird das Wasser allein für den Sündenbock erklärt. Man zur Sache.

Um den geehrten Lesern die unglücklichen aber wahrhaftigen Resultate der Wasser-Behandlung weiter vorzuführen, will ich den fernern Ausweis meiner mit Wasser behandelten Cholera-Kranken fortsetzen.

In Neu-Neud sind bis 1. October 7 genesen, 1 gestorben und in Behandlung verblieben 9
Zugewachsen sind bis 7. October 15

Zusammen in Behandlung 24

Von diesen sind genesen: Elisabeth Hahn, Michael und Barbara Klaf, Anna Bäger, Martin und Anna Philipp, Franz und Katharina Heß, Margarethe Albecker, Franz Hans, Eva Grim, Magdalena Friedrich, Ferdinand und Barbara Heß, Franz und Johann Pomersheim, Magdalena Friedrich, Franz Pegg, Franz Schweiz, zusammen . . . 19
Gestorben: Pomersheim Barbara, Michael Klaf, zuf. 2
In Behandlung verblieben: Eva Jung, Johann Scherschmid und Johann Reinhard, zuf. 3
Summa 24

erhielt, benötigte, so-
n Sultan überreicht,
derselben Gehör zu
nicht gelungen, eine
a Grèce" machte kein
Wesmächtigen nichts
bittere Bemerkungen
deren Schwankun-
der bisweilen unter
ng in Constantinopel
jüngeren auf keine
oben, als auf einige
alte Zufahren plat-
türkischen Verwal-
Insel Samos, wo
nimmt einem Senate
Der italienische Con-
Tregatte nach He-
neus Gemetzel stant-
über bringen nähere
22. v. M. in Creta
türkisch-ägyptische Ar-
die einheimischen tür-
mands von Mustafa
Mehmed Pascha und
welches sich von
von Canca, erstreckte
in ganzen Tag umsonst
schien. Vextere ver-
ob, obgleich an Zahl
türkisch-ägyptischen
Kampf erneuert, nach-
lungen erhalten. End-
den. Sie sollen 3000
Theil von ihnen auf-
gefunden haben, das
In Candia sind
Batalione türkischer
kommen. J
malische Familien er-
die dortigen Christen
die Menge Schänder-
auf untraglich. In
erneuert eine vom 13.
in gerichtete Bittschrift
hierüber der Abgaben
sch abgewiesen. Wie
"die Smyen", einem
respondenz aus Volo,
gwar in Abrede stellt,
igung mit Griechen-
werte anspricht, das
en, noch produciren.
erzüglichste und
der Cholera.
in der gebrühten Fieber
iel hergen will, als
e schon mitle. Allein
lassen, bis ich diese
erlegt und die ge-
gehenden Wirkung der
den Krankheit voll-
werden. Ich will durch
dadurch das allge-
Gesellschaft durch-
mächtigen Hilfe de-
ende Gewalt brechen
ihre zu entscheiden
ge Worte über Heil-
mm als solche gelten,
Krankheiten, nicht
größtentheils wird
das ein Heilmittel
krankheit angewendet
wird bei dem jedes-
her der Individuali-
bensweise angepaßt,
der Anwendung
an Verhältnissen ge-
nd die nötigen Ab-
ng unterbleiben, oder
wäre Maßgelte und
ich es vor ein paar
u erfahren habe, wo
ein Ueberlaß ge-
wirklich durch, so
Ueberlaß gemacht,
das Wasser allein
Lade.
üblichen aber wahr-
ng weiter vorzufüh-
mer mit Wasser be-
nefen, 1 ge-
9
15
24
Bahn, Michael und
und Anna Philipp,
he Albrecht, Franz
ich, Ferdinand und
reheim, Magdalena
zusammen 19
del Kluf, zu, 2
ag, Johann 3
mma 24

In Grad behandelte Cholera-Kranke: Vasa Demetro-
vits, Ufergasse, Ledergesell, Nutri Zulesi, Dienstmagd beim
Köppneg-Schneider Barto in der Lamngasse und Rufanna
Pekar, Alziengasse; alle 3 genesen. Nach obigem Ausweis
im Ganzen 27 Kranke.
Wenn also von 27 Kranken 2 gestorben sind, so ist
das Sterblichkeits-Verhältniß, 8 pCt, günstig genug, um alle
Angst und Furcht vor dieser Epidemie zu beseitigen. Und
wenn ich nur dieses Resultat erreicht habe, so bin ich
durch das Bewußtsein, zur Beseitigung dieser gefährlichen
Krankheit etwas beigetragen zu haben hinlänglich belohnt.
Nun, ich glaube es nicht nötig zu haben, den geehrten
Lesern noch mehr über die Wasser-Behandlung zu sagen,
denn ich hoffe, daß jeder Mensch, der diese Thatsache sehen
und hören kann, sich eingestehen wird, daß nichts Ueber-
spanntes und Uebertriebenes von der Wasser-Behandlung in
der Cholera-Krankheit gesagt wurde.

M. Pataki,
pract. Arzt.

Tagesneuigkeiten

In Folge der schweren Erkrankung Sr. Eminenz
des Cardinal-Primas ist dem „Bischof Tannja“
zufolge in Gran am 4. d. aus Rom das folgende Tele-
gramm eingetroffen: An Monsignor den Cardinal Scitowshy.
— Der heilige Vater empfindet das lebhafteste Bedauern
über die gefährliche Krankheit Sr. Eminenz und ertheilt
ihm von Grund des Herzens den apostolischen Segen.
— Card. Antonelli — Sr. Eminenz der Cardinal-Primas ant-
wortete hierauf: An Mgr. den Cardinal Antonelli.
— Ich bin durch die Güte des heiligen Vaters bis zu
Thränen gerührt. Ich bitte Sie, Monsignore, Sr. Heiligkeit
meinen tiefen Dank auszudrücken. In dem Augenblick, als
mir der heilige Vater die große Gnade seines Segens er-
theilte, fühlte ich mich dem Leben wiedergegeben. Tausend
Dank. — Der Cardinal-Primas Scitowshy.

Nachdem die Concession für die Siebenbürger
Bahn dem Consortium Haber, Fürstenberg und
Chotek erteilt worden ist und der Bau der Flügelfbahn
Pest-Petrocs im Schlythal als gesichert betrachtet
werden darf, beabsichtigen, dem Vernehmen nach, die Herren
Gebrüder Waderespach im Hageger Thale, welche Bes-
itzer der bedeutenden Magneteisenstein-Lagerstätten von Vas-
paral sind, im Verein mit Herrn S. v. Rendeffy, als
bedeutendstem Wald- und Kohlenbesitzer in der Schyl,
eine Aktiengesellschaft zu gründen, welche folgende Zwecke haben
soll: Erstens Anlage einer großen Eisenerz- und
Stahlhütte im Schlythal — welcher Gedanke bereits
in einer Brochüre des Herrn W. Waderespach angeregt
wurde und welche Brochüre durch die Deputirten des Hun-
yabder Comitats der reichstädtlichen Commission für mate-
rielle Angelegenheiten übergeben worden ist; zweitens soll
die neue Gesellschaft die Schiffbarmachung des Schlythales
bewerkstelligen und den Holzhandel im Großen in den Be-
reich ihrer Thätigkeit ziehen.

Die Pest-Commissioner Eisenbahn-Aktion
sind, wie „Adler's Geschäft“ meldet, wieder in ebenso
großen Dimensionen ein „Spielpapier“ geworden, wie kurz
vor dem Concurs-Eröffnung. Es ist bekannt, sagt der an-
gezogene Bericht, daß in Folge der Unterstützung der Staats-
verwaltung der Concurs, welcher über diese Unternehmung
verhängt war, nunmehr aufgehoben ist; es stellt sich nun
heraus, daß in diesem Papiere bedeutende Verkäufe ausge-
führt waren, von welchen die Stücke gedeckt und geliefert
werden müssen, was das Steigen der Actien hervorbrachte.
Es wäre wahrhaftig im Interesse der Solidität unseres
Vorsorgegeschäftes wünschenswert, daß diese Actien
gänzlich aus dem Verkehr geschwunden wären, um Cata-
strophen abzuhalten, welche bereits mehrmals durch dieses
Papier heraufbeschworen waren und sich nicht noch kommen
werden. Die Gelegenheit hierzu war da, als sich Privat-
Gesellschaften zum Ankauf dieses Eisenbahnfragments er-
bötigt machten; aber dies gelang nicht und es wurde eine
Staatsaffäre aus einer Eisenbahn gemacht, die in ihrer
ganzen Anlage eine verfehlte Privat-Unternehmung, nie hätte
darauf Anspruch machen können. Uns will bedünken, die
Zukunft wird in nicht allzuferner Zeit lehren, ob die An-
sichten, welche in obigen Zeilen ausgesprochen wurden, die
richtigen sind.

Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den Supp-
licanten am königl. Obergymnasium zu Pest Josef Fekete
zum wirklichen Gymnasialprofessor daselbst ernannt.

(Madame Suhr f.) Wie aus Ukaraft
berichtet wird, ist daselbst am 29. v. M. die ausgezeichnete
Kunstreiterin, die Gattin des Directors Suhr, im 31.
Jahre ihres Alters gestorben. Der frühzeitige Tod dieser
verdienstvollen Künstlerin, die seit ihrer zartesten Jugend
der Kunst mit einer ungewöhnlichen Leidenschaft ergeben
war, und zu den renommiertesten Kunstreiterinnen gehörte,
hat in allen Kreisen der romanischen Hauptstadt die innigste
Theilnahme wachgerufen.

Dem neuesten Ausweise über den Stand der
Epidemie in ganz Ungarn entnehmen wir folgende
Daten: Die Cholera herrscht gegenwärtig bei uns in 350
Ortschaften, nämlich in den Städten Pest, Szegedin, De-
brezin, Ofen, Reckesmet, Grad, Temesvar, Stuhlweissen-
burg, Raab, Neufas, Kaschau, Komorn, Tyrnau, Gran,
Salitz, Barföld, Wörsing und Temschin; ferner sind ver-
treten die Comitats: Temschin mit 55, Komorn mit 52,
Prestburg mit 45, Neutra mit 37, Gran mit 22, Pest mit
21, Raab und Wieselburg mit je 16, Stuhlweissenburg mit
14, Neograd mit je 5, der District der Zagyvar mit 4,
Arad, Bács, Torontál und Besprim mit je 3, Abauj,
Borsob, Gömör, Hoves, Száros und Sohl mit je 1 Or-
tschaft. Die Bevölkerung des verheulten Gebietes repräsen-
tiert eine Ziffer von 1.139.588 Seelen. Am frühesten, näm-
lich am 23. Juli ist die Epidemie im Preßburger Comi-
tats ausgebrochen, am spätesten, nämlich am 26. Septem-
ber trat sie in Abauj auf. Die Gesamtziffer der in dem
angeführten Gebiete Erkrankten betrug am 3. October 22,236,
davon wurden 3007 geheilt, 9703 starben und 3526 blie-
ben in Behandlung. Die meisten Erkrankungen und Todes-
fälle sind bisher im Neutraer und Preßburger Comitats vor-
gekommen. Am intensivsten trat jedoch die Epidemie in

der Stadt Salitz auf, denn während im Preßburger Comi-
tats unter 67,013 Einwohnern 3322, d. i. gegen 4 pCt.,
im Neutraer Comitats bei einer Bevölkerung von 98,031
nur 3377, d. i. weniger als 3½ pCt., in Pest unter
136,566 Einwohnern 2700, d. i. kaum 2 pCt. erkrankten,
wurden in Salitz von 6800 Bewohnern 870, d. i. 12½
pCt. von der Seuche ergriffen. Am schwächsten trat die
Cholera in Neufas auf, wo unter 15,822 Einwohnern nur
3 erkrankten. Im Graner und Wieselburger Comitats hat
die Seuche bereits bedeutend nachgelassen, so wie sie über-
haupt im ganzen Lande an Intensität verloren. Von den
Stadterkrankten hoffen wir gleichfalls bald das Erlöschen
der Seuche melden zu können, in Pest, wo nämlich von
vorgestern auf gestern 83 Todesfälle einberichtet wurden,
sind von gestern auf heute bloß 42 Personen gestorben,
während am selben Tage in Ofen bloß 3 Personen der
Seuche erlagen.

In Kaschau wird die Gründung eines Vereines
der daselbst und in den benachbarten Comitats domicilien-
den Advocaten beabsichtigt. Das mit der Feststellung des
Statutenentwurfes betraute Comitats hat seine Arbeit bereits
vollendet und werden nun die Advocaten der erwähnten Ge-
gend vom provisorischen Comitatspräsidenten, Advocat Julius
Szentléky eingeladen, sich zur Discutierung des gedachten
Entwurfes am 14. October Nachmittags 3 Uhr im Stadt-
hause in Kaschau zu versammeln.

Das W. Szegyer Wochenblatt „Maramaros“ vom
2. d. meldet, daß die ausgeprochenen Nadelholzförste bei Vorsa
im Biserer Thale seit drei Tagen in Flammen standen. Die
umfassendsten Maßregeln waren getroffen und die Bewohner
aller benachbarten Ortschaften waren in die Wälder beordert,
um dem Weitergreifen des wüthenden Elementes Schranken
zu setzen, doch war bis zum Schluß der letzten Nummer
des erwähnten Blattes noch keine Nachricht eingetroffen,
welchen Erfolg diese Bemühungen hatten.

(Wunder der Chirurgie.) In der „Voss-
Ztg.“ wird von einem Mundkranke erzählt, welches ein
Berliner Zahnarzt für einen österreichischen Verwundeten
anfertigte. Antonio Berisch vom k. k. österreichischen In-
fanterie-Regiment Nr. 78 (Sofkevic) erhielt am 3. Juli
bei Königgrätz einen Gewehrkuß durch das Gesicht. Der
ihm beide Oberkieferbeine (ossa maxillaria superiora)
derartig zerschmetterte, daß sie in einem Berliner Reserve-
Lazareth, dem er überliefert wurde, größtentheils resecirt
werden mußten. Der colossale Defect (Mund- und Nasen-
höhle) sind in eine einzige große Höhle vereint) machten
dem Unglücklichen das Sprechen und das Essen fast zur
Unmöglichkeit. Ein Ersatz des Verlorenen konnte durch keine
plastische Operation, sondern nur durch einen künstlichen
Apparat erfolgen, der beide Höhlen von einander scheidet,
die fehlenden 12 Zähne und die darüberliegenden Knochen-
partien zur Stütze für Nase, Wangen und Oberlippe er-
setzen mußte. Dieser menschenfreundlichen Arbeit unterzog
sich ein Berliner Zahnarzt mit der größten Opferwilligkeit.
Es gelang ihm, in wochenlanger Arbeit eine so wenig als
möglich complicirte Maschine aus vulcanisirtem Kautschuk
und Gold herzustellen, welche den unglücklichen Antonio Be-
risch in den Stand setzt, nunmehr wieder zu sprechen und
mit Ausnahme ganz harter Speisen Alles essen zu können,
und zwar ohne die geringsten Schmerzen oder Beschwerden.

(Frachtermäßigung für Getreide-
sendungen.) Die General-Direction der österreichischen
Staatsbahnen-Gesellschaft hat den Tarif für Getreide-
sendungen in und nach jenen Gegenden, welche vom Kriege
hart betroffen wurden, auf Einen Kreuzer per Centner und
Meile ermäßigt und veranlaßt, daß diese Frachtermäßigung
sogleich in Wirksamkeit gesetzt werde. Hoffentlich werden
auch die anderen einheimischen Bahnen diesem Beispiele
folgen.

Einer Wiener Correspondenz der „Opinione“ zu-
folge wird durch den Friedensschluß mit Italien der öster-
reichisch-sardinische Handelsvertrag von 1851 auf den gan-
zen Umfang des Königreichs ausgedehnt, und Oesterreich
wird gleich nach der Ratification des Friedensvertrages in
die Reihe der begünstigtesten Nationen treten, unsere Ein-
fuhrartikel hätten also dann nicht mehr die Zölle des allge-
meinen italienischen Tarifs, sondern die niedrigeren des Con-
ventionstarifs zu entrichten.

Auf der im kommenden Jahre stattfindenden Pa-
riser Industrieausstellung wird unter Anderem eine Gattung
Seide ausgestellt werden, welche von einem ungarischen
Gutsbesitzer aus einer Gattung Bombyx Cinthia auf
Eichenlaub gezogen wurde, und welche der wirklichen Seide
vollkommen gleichkommen soll. Graf Pejacesovich und andere
Cavaliers haben sich, wie der „Wdr.“ meldet, mit dem Be-
treffenden bereits zur Ausbeutung dieser Zucht im Großen
geeignet und in Südungarn derartige Zuchtorte eingerichtet.

Auf die Anfrage, ob lebendes Vieh unter den land-
wirthschaftlichen oder sogenannten Nothproducten begriffen sei,
und sonach der Handel mit lebendem Vieh, wenn er von
einem als Nothproductenhändler bereits besteuerten Coutri-
buenten betrieben wird, der absonderlichen Bemessung der
Erwerbsteuer unterliege oder nicht, wurde von der Steuer-
administration bedeutet, daß in dem gegebenen Falle eine ab-
gesonderte Erwerbsteuerbemessung allerdings statzufinden hat,
da das Erwerbsteuergesetz unter landwirthschaftlichen Pro-
ducten nur die sogenannten „rohen Producte“ (Bodenpro-
ducte), zu welchen jedoch das zum Handel bestimmte Vieh
nicht gezählt werden könne, verstanden haben wollten.

(Wahlexport nach Aegypten.) Nach ein-
em Berichte aus Beirut haben die Versuche, österreichisches
Wehl nach jenen Gebieten einzuführen, nicht den erwarteten
Erfolg geliefert. Es wird allerdings bemerkt, daß der
Verbrauch an fremden Mehle dortlands sehr gering sei,
wenn die Ernte im Lande selber — wie dies heuer der
Fall war — ergiebig gewesen; allein es wird auch hinzu-
gefügt, daß unsere Mehle für die dortige Art der Brodbe-
reitung zu schwer seien. Das arabische Brot soll sehr stark
ausgehen und hiezu haben sich die französischen, italienischen
und besonders die Mehle aus Odesa als geeignet erwiesen.
In der That sind von diesen letzteren enorme Mengen ein-
geführt worden. Bei dem Umfange, als unsere Mühlen-
industrie eine große Vollkommenheit besitzt, glauben wir, daß
eben der Fehler an den arabischen Bäckern liegen dürfte,
welche unser Mehl nicht richtig zu behandeln wissen, jeden-

falls dürfte aber die obige Mittheilung für die betreffen-
den Industriellen und Exporteure von Interesse sein.

(Redacteur May amnestirt.) Der
„Staatsanzeiger“ enthält folgende Bekanntmachung: „Un-
sere, den Literaten Martin May aus Altona betreffende of-
fene Requisition um Strafvollstreckung vom 26. Juni d. J.
nehmen wir hiebei in Folge des a. h. Gnadenlasses vom
20. d. M. zurück. Verleberg, den 25. September 1866.
Königliches Kreisgericht erste Abtheilung.“

(Kanonen und Denkmünzen.) Man hat
berechnet, daß hundert Kanonenläufe, von denen jeder vier
Centner wiegt, zur Ausführung aller Kriegsdenkmalen für
die preussische Armee nötig sind. Eine jede dieser Medail-
len soll eine Schwere von zwei Loth haben.

(Zweite Blüthe.) Die „Vaubach. Ztg.“ be-
richtet: Die schöne warme Witterung der letzten Zeit bringt
feltene Natur-Erscheinungen hervor. So erzählt uns ein
Augenzeuge, daß in Ronnenhof, eine Stunde von Klagen-
furt, ein Obstbaum stehe, auf dem ein Zweig mit Blüthen
bedeckt ist, während die reifen Früchte vor acht Tagen ab-
genommen wurden.

(Was englische Parlamentswahlen
kosten.) Ein eben erschienener Ausweis gibt eine Uebersicht
der den Candidaten zur Last fallenden legalen Kosten der
letzten Parlamentswahlen. Von 31 Wahlkörpern fehlen die
Berechnungen noch, und von 26 anderen sind sie erst unvoll-
ständig bekannt. Die Kosten betragen in den Grafschaften
von England und Wales 315,666 Pfund Sterling, in den
Wahlbezirken und Städten 315,994 Pfd. St., in den ländlichen
Wahlbezirken Schottlands 32,244 Pfd. St., in den
schottischen Städten und Flecken 19,431 Pfd. St., in den
ländlichen Wahlbezirken Irlands 44,801 Pfd. St. und in
den irischen Städten und Flecken 24,610 Pfd., im Ganzen
also 752,607 Pfd. St. lediglich gesegmähiger Wahlkosten.

(Eine Auslieferung.) Die „Newyorker Han-
delszeitung“ schreibt: „Auslieferung Nolte's. In dem Proceß
der preussischen Regierung wegen Auslieferung von Carl
Nolte, welcher bekanntlich der Bankierma Meyer und
Comp. in Berlin bedeutende Summen Geldes und Werth-
papiere unterschlagen hatte und mit seiner Wittwe Maria
Klippenstein in hieser gestühtet war, ist endlich die Ent-
scheidung erfolgt, auf Auslieferung Nolte's lautend. Dieser
wird mit einem der nächsten Dampfer expedirt werden,
aber auf Wiedererlangung des unterschlagenen Geldes dür-
fen die Herren Meyer und Comp. nicht hoffen; Nolte ist
zu lange in Gesellschaft amerikanischer Beamten gewesen,
als daß von seinem Raube noch etwas übrig sein könnte.
Die Entscheidung würde schwerlich so lange auf sich haben
warten lassen, wenn nicht die genannte Wittwe ebenfalls
einen Proceß gegen Nolte anhängig gemacht hätte. In den
letzten Tagen war es dem Anwalt der preussischen Regie-
rung gelungen, eine Annullirung des Haftbefehls zu erwin-
ken, welchen jene Klippenstein auf Grund pecuniärer An-
sprüche erwirkt hatte, wodurch Nolte den Bundesbehörden
entzogen wurde. Vom Sheriff entlassen, wurde Nolte von
dem Bundesmarschall wieder verhaftet und vor den
Bundes-Commissär gebracht. Gleichzeitig erschien der Anwalt
der preussischen Regierung und erneuerte seinen Antrag auf
Auslieferung des Gefangenen. Nolte erklärte sofort, daß er
schuldig sei und an die preussische Regierung ausgeliefert zu
werden wünsche.“

(Betrag in America.) Fast ungläublich plump
sind die Betrügerien, die in America mit Lotterie-Losen
verübt werden. Die Methode ist immer dieselbe. Man setzt
Lose einer Lotterie, die gar nicht existirt, in Umlauf und
fordert den Einsatz. Zahlt der Adressat nicht, so erhält er
nach einiger Zeit die Anzeige, daß er „200 Dollars“ ge-
wonnen hat, aber erst den Einsatz decken muß, ehe der
Collecteur den Gewinn für ihn erheben kann. Jetzt zahlt er
er gewiß und ist — betrogen.

Handels- und Börsen Nachrichten.

R. & R. Arad, 8. October. Die Communications-
störungen beeinflussen noch immer in ungünstiger Weise das
Getreidegeschäft; an der Wiener Fruchtbörsen
war der dieswöchentliche Umsatz ein geringer und blühten
Weizenpreise 5 kr. ein. An unserem Plage ist die Stim-
mung im Geschäft eine ruhige und da Producenten sich zu
seiner Concession versehen wollen, auch der Umsatz gering.
Verkauft wurden 1000 Metzen Korn á fl. 3.46½ und 1000
Metzen Gerste á fl. 2.65.

Die Witterung ist andauernd heiter und mäßig kühl

Wien, 6. October. (Spiritus.) Ohne daß man
das Geschäft auf dem hiesigen Plage lebhaft nennen kann,
blieben die Preise in effectiver Waare gegen Ende der Woche
behalten. Man notirt heute prompte Fruchtwaare 54½—
55 kr., Melasse 52 kr., Fruchtspiritus wurde für October-
Zänner 50 kr., November-März 48 kr., und Melasse Oc-
tober-Zänner zu 47½ kr. geschlossen.

Ofner k. k. Lotto-Ziehung vom 6. October.

32 57 77 7 3

Telegraphirter Cours der Staatspapiere in Wien

vom 8. October 1866.

5% Metalliques	61.80
5% National-Anlehen	67.15
1860. Staatsanleihe	73.95
Bankactien	720.—
Creditactien	151.70

Wechsel-Cours.

London	127.30
Silber	126.50
Wien	6.08½

